



INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
ZENTRALSCHWEIZ

Medienmitteilung

4. Januar 2019

Abstimmungen vom 10. Februar 2019:

IHZ sagt NEIN zur «Zersiedlungsinitiative»

Der IHZ-Vorstand hat die Parole zur «Zersiedlungsinitiative» gefasst. Ohne befürwortende Stimme sagt der IHZ-Vorstand Nein zur radikalen Initiative. Aus Sicht des Vorstandes verhindert die Zersiedlungsinitiative eine sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist überflüssig, da mit dem Raumplanungsgesetz bereits die nötigen Instrumente vorhanden sind.

Am 10. Februar 2019 kommt die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» (Zersiedlungsinitiative) zur Abstimmung. Die Initiative unnötig, denn die Instrumente zum massvollen Umgang mit dem Boden sind im Raumplanungsgesetz bereits heute vorhanden. Das neue Raumplanungsgesetz wird in diversen Zentralschweizer Kantonen momentan umgesetzt. Es ist deshalb in vielen Gemeinden noch nicht oder nur wenig spürbar. Für den IHZ-Vorstand ist klar: Am 10. Februar 2019 braucht es ein Nein an der Urne.

Die Zersiedlungsinitiative ist ungerecht und schädlich

Die Initiative führt zu einer ungerechten Behandlung der Kantone und lässt einige Fragen offen. So würden einerseits generell Kantone mit grossen Flächen profitieren. Ebenso würden Kantone, die bereits grosszügig Flächen eingezont haben, gegenüber den Kantonen bevorteilt, welche haushälterisch mit ihrem Boden umgegangen sind. Die Initiative ist aus Sicht der IHZ schädlich, da Bauzonenflächen auf ewige Zeiten eingefroren würden. Eine Annahme der Initiative würde zudem zu einer gänzlich neuen Rechtslage führen und die laufenden Bestrebungen der Kantone und Gemeinden über die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes über den Haufen werfen. Für die IHZ-Kantone wäre die Initiative zusätzlich schädlich, da bei einer Annahme der Initiative nichtlandwirtschaftliche Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen nur noch bewilligt werden dürften, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen. Zum Beispiel ein Bergrestaurant und ein Skilift gehören wahrscheinlich nicht dazu. Die dringend notwendige Weiterentwicklung des touristischen Angebots in der Zentralschweiz würde damit verunmöglicht.

Die Initiative bedeutet Stillstand

Das Einfrieren der Bauzonenflächen würde in der Zentralschweiz zu einer grossen Baulandverknappung führen und die Preise und die Mietzinse in die Höhe treiben. IHZ-Direktor Felix Howald meinte nach der Vorstandssitzung dazu: «Das totale und dauerhafte Einfrieren der Bauzonen würde es für vielen Personen verunmöglichen, ein Eigenheim zu besitzen. Und für die Wirtschaft hat die Initiative extrem schädliche Auswirkungen: Es kann doch nicht sein, dass ein Unternehmen, das sich vergrössern will, keine zweite Produktionshalle bauen kann, nur weil an einem Ort kein eingezontes Bauland mehr zur Verfügung steht. Mit diesem Stillstand fördern wir die Abwanderung ins Ausland und gefährden somit Arbeitsplätze und unseren Wohlstand».

Kontakt Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ

Felix Howald, Direktor IHZ; 041 410 68 89 oder 076 452 76 46; felix.howald@ihz.ch

Lucas Zurkirchen, Wirtschaftspolitik; 041 417 01 46 oder 079 391 80 50; lucas.zurkirchen@ihz.ch

Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) ist eine der insgesamt 18 Industrie- und Handelskammern in der Schweiz und vertritt rund 700 Unternehmen in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden.